

Die norwegische Regierung ist der Ansicht, dass das zusätzliche Wohngeld, das Benachteiligten bei der Stromrechnung hilft, von 2.500 NOK (260 Euro) auf 1.000 NOK (104 Euro) reduziert werden sollte, weigert sich aber, dies als Kürzung zu bezeichnen.



Wasserkraftwerk Vemork in der Nähe von Rjukan, Provinz Vestfold og Telemark. Vemork war ein norwegisches Wasserkraftwerk. Heute befindet sich das neue Kraftwerk im Inneren des Berges und die alten Gebäude beherbergen Museen, die seit 2015 zum UNESCO-Weltkulturerbe gehören. (Foto: Skotten, CC BY-SA 3.0)

„Wir schlagen nicht vor, das Wohngeld zu kürzen. Wir schlagen vor, eine Regelung mit zusätzlicher Wohnbeihilfe für diejenigen zu verlängern, die hohe Wohnkosten und ein geringes Einkommen haben“, sagte der Minister für Kommunalverwaltung Bjørn Arild Gram (Zentrumspartei) in der Sendung Politisk Kvarter des norwegischen Rundfunks (NRK) am Dienstag.

Letzte Woche schrieb [NRK](#), dass die Regierung das zusätzliche Wohngeld auch im März und April gewähren werde. Gram sagte da, er werde vorschlagen, dass das Wohngeld 1.000

NOK pro Haushalt betragen solle. Im Januar und Februar betrug die zusätzliche Unterstützung 2.500 NOK.

Nach Angaben der staatlichen norwegischen Wohnungsbank (*Husbanken*) erhielten im März 97.000 Haushalte Wohngeld.

Gram sagte am Dienstag, dass die Höhe des zusätzlichen Wohngeldes seit seiner Einführung im November letzten Jahres variiert habe. Damals lag es bei knapp 2.950 NOK, bevor es auf 1.500 NOK sank und dann auf 2.500 NOK anstieg.

Dies sei keine Kürzung

Er lehnte es ab, die Senkung von 2.500 NOK im Januar und Februar auf 1.000 NOK im März und April als Kürzung zu bezeichnen.

„Nein, wir haben in mehreren Runden vorgeschlagen, zusätzliche Wohnbeihilfen zu gewähren. Es gibt drei verschiedene Entscheidungen über fünf Monate, und jetzt kommen wir mit einem Vorschlag für einen vierten Zuschuss für die nächsten zwei Monate“, sagte Gram.

Er begründet die Kürzung damit, dass das Wetter jetzt milder ist und dass der Stromverbrauch und der Bedarf an Ausgleichszahlungen zurückgehen.

Der klima- und umweltpolitische Sprecher der Sozialistischen Linkspartei, Lars Haltbrekken, reagierte mit Kritik in Richtung Gram.

„Es ist schade, dass Sie damit beginnen, die Unterstützung für diejenigen zu kürzen, die am meisten zu kämpfen haben. Es ist definitiv eine Kürzung und offensichtlich eine Kürzung für

alle, die nicht in der Regierung sind“, sagte er.

Die Sozialistische Linkspartei ist nicht Teil der Regierungskoalition, jedoch stützt sich die Minderheitsregierung zur Erlangung von Mehrheiten im Parlament auf die Stimmen dieser Partei.

Die Koalitionsregierung aus Arbeiterpartei und Zentrumspartei hatte im Dezember erstmals die besagte Energie- und Wohnsubvention eingeführt, die Opposition kritisierte, dass das geplante Zuschuss unzureichend sei.

Unser QUIZ zum Thema NORWEGEN

[Kennen Sie sich mit Norwegen aus? Testen Sie Ihr Wissen mit unserem Länderquiz!](#)